

Württemberg und die deutsche Frage

Bemerkungen zum deutschen Krieg von 1866

Von Ernst Müller

Zwei Schlachten im 19. Jahrhundert haben die politische und territoriale Landkarte von Europa verändert. Am 18. Juni 1815 hielt der Engländer Wellington auf den Höhen von Waterloo den anstürmenden Franzosen so lange stand, bis am Abend in der rechten Flanke des Empereur die Preußen erschienen, die Gneisenau von Ligny aus dem Engländer zugeführt hatte. Die mit einer totalen Niederlage Napoleons I. endende Schlacht erhielt den Namen La Belle Alliance, weil um einen Hof dieses Namens gekämpft wurde. Was die Alliierten im vorausgegangenen Wiener Kongreß an Neugestaltungen beschlossen hatten, hat Waterloo politische Wirklichkeit werden lassen.

Das 1806 aufgelöste Heilige Römische Reich wurde nicht wiederhergestellt. Übrig blieben 38 deutsche souveräne Staaten. Den Reformern vom Schlege des Reichsfreiherrn vom Stein ist es nicht gelungen, die Vielzahl der Staaten gemeinsam einem neuen, mit Verfassung ausgestatteten Reich zu unterstellen. Was auch erwogen wurde, scheiterte an dem Willen der Dynasten, für die es kein Vaterland Deutschland geben durfte, die ihre Untertanen zwangen, Preußen, Kurhessen, Hannoveraner, Badener, Bayern usw. für immer zu bleiben. Jede straffe Einigung galt als Schwächung der Souveränität und damit der neuerworbenen staatlichen Macht. Da kam der österreichische Minister Metternich auf den Gedanken, die deutschen unabhängigen Staaten in einem losen Bund zu einen. Metternich war gewiß kein Patriot wie Stein und seine Gesinnungsgenossen, er dachte in einem Bund die Vormachtstellung Österreichs in Deutschland und im alten habsburgischen Kaiserreich das Gleichgewicht in Europa erneut zu festigen. In der Geschichte spricht man seither vom Deutschen Bund. Die Engländer verstanden darunter ein Zusammenstehen der zwei Flügelmächte Österreich und Preußen, die Franzosen bemerkten mit Freuden einen Haufen Kleinstaaten, drei oder vier Mittelstaaten und zwei Großstaaten, die auf der Landkarte das vertraute Bild eines zerstückelten und daher leicht zu beherrschenden Deutschland ergaben. In-

nerhalb des Bundes selber aber hatte der alte vorrevolutionäre Dualismus zweier deutscher Großmächte erneut alle nur denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten. Das alte Bündnissystem irgend nur möglicher Zusammenschlüsse und Verträge dieser unabhängigen Staaten untereinander im mitteleuropäischen Raum des Deutschen Bundes konnte fröhliche Urständ feiern.

So lange bis diesem Deutschen Bund die zweite Jahrhundertsschlacht im Elbbogen am 3. Juli 1866, genannt nach der Feste Königgrätz in Böhmen, wohin sich die Hauptmassen der österreichischen Armee zurückzogen und konzentrisch von drei preußischen Armeen zwar nicht ganz umzingelt, aber doch eindeutig vernichtend geschlagen wurden, die politische Existenz entzogen hatte. In den Friedensbedingungen von Nikolsburg verlangte der Sieger 1. das Ausscheiden Österreichs, 2. eine deutsche Zweiteilung, die mit der Mainlinie geographisch markiert war. In dem Deutschland dieser Neuordnung gab es nördlich der Mainlinie einen Norddeutschen Bund, der zu Vierfünftel aus dem erweiterten Königreich Preußen bestand und südlich dieser Linie die Mittelstaaten wie Bayern, Württemberg, Baden, Hessen – Darmstadt und Nassau. Es war klar, daß es nur eines geschickten Anlasses bedurfte, und die Südstaaten waren reif nach dem Vorbild des Norddeutschen Bundes in einem neuen Deutschen Reich aufzugehen. 30 Dynastien gingen, grob gesehen, bei Königgrätz zugrunde.

Der Mittelstaat Württemberg

Wenden wir uns dem Mittelstaat Württemberg zu. Dort hatte König Wilhelm I., der 1816 als reifer Mann zur Regierung kam, längst erkannt, daß Staaten seiner oder auch Bayerns Größenordnung, wollte ihre Souveränität nicht ein bloßes hohndolles Wort sein, ohne Zusammenschluß untereinander nicht zwischen den Großstaaten Preußen und Österreich bestehen konnten. Er fürchtete mit Recht, in Konflikts-

fällen werde er der Vasall des einen oder des anderen unter den Großen sein. Zu Bismarck sagte er 1854, er müsse neutral bleiben, er könne nicht gleichzeitig die Feindschaft Österreichs und Preußens auf sich nehmen. „Wir sind zu nahe an der Ausfallpforte Straßburg, und zu schnell von Österreich und dem Westen okkupiert, bevor uns von Berlin Hilfe kommen kann.“ Im übrigen aber, und das war seine traditionelle Gesinnung, hielt er zu Österreich und Habsburg, die er im Sinne des Altreichs als die Württemberg übergeordnete Macht im Krieg und im Frieden anerkannte und der er, wenn es die Verhältnisse gestatteten, sich unterwerfen wollte. Mit dem Hause Hohenzollern verband ihn keine Freundschaft. Im Gegenteil, als 1849 Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die Erbhuldigung seiner Hohenzollerischen Lande, Hechingen und Sigmaringen, pompös entgegennahm, hat das sein mittelstaatliches Souveränitätsbewußtsein gekränkt, da er die Hohenzollerischen Lande nach 1848 nicht mehr für lebensfähig hielt und Preußen nicht als Nachbar haben wollte.

Der Deutsche Bund garantierte zwar die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit seiner Glieder, war aber an sich nicht fähig, tätige Außenpolitik oder gar erst nicht tätige Innenpolitik zu treiben. Außen- oder Innenpolitik innerhalb des Bundes hing genau von dem ab, was Preußen oder Österreich darunter verstanden, wieweit beide unter sich einig oder uneinig waren, wieweit beide den Bund für ihre territorialen, kriegerischen, expansiven Interessen einzuspannen den Mut hatten. Einem Mittelstaat war deshalb lediglich eine defensive Haltung angemessen, seine Souveränität war auf Erhaltung des Erworbenen ausgerichtet und daher genauso eine Fiktion wie die des Bundes. Ein Mittelstaat konnte nicht gegen den Bund oder mit einer außerdeutschen Macht Krieg führen. Was ihm rechtens zustand, war dagegen ein Protest, falls die Großen für ihre Kriege Bundeshilfe forderten. Sah er aber seine Selbständigkeit bedroht, war es ihm erlaubt, auch außerdeutsche Bundesgenossen zu suchen. Württembergs König z. B. nützte seine Verwandtschaft mit dem Zarenhaus ebenso aus, wie seine guten und auch verwandtschaftlichen Beziehungen zum dritten Napoleon (seit 1851 Kaiser). Ferner ließ er seine Diplomaten für die „Trias“ werben. D. h. er konstruierte in der Idee eine Gruppe von Mittelstaaten, die gemeinsam gegen die zwei Großen handeln und auftreten sollten, falls der Bund versage oder Bundesrecht gebrochen werde. Denn jeder der größeren Staaten im Bund unterhielt an den deutschen Höfen eigene Gesandte. Selbst-

verständlich sorgte er erst recht dafür, würdig bei außerdeutschen Mächten vertreten zu sein. Das Dritte Deutschland jedoch hat immer nur als Notkonstruktion eine politische Rolle gespielt, denn es stand gerade jenem Einheitsbestreben im Weg, das sich seit der Revolution von 1848 wieder in den Landtagen der süddeutschen Staaten Gehör verschaffte und gegen den starren und sterilen Stolz eines Fürsten auf die Vergangenheit, die keine Zukunft hatte, heftig und aufdringlich opponierte.

Groß- und Kleindeutsche

Wir unterscheiden in Württemberg etwa diese Parteilgruppen, die dann in den Landtagen mit bestimmten Ansichten auftraten. Die Großdeutschen, die seit 1862 im „Reformverein“ zusammengeschlossen waren, verteidigten zwar die Einrichtung des Deutschen Bundes, verlangten aber insofern eine Reform, als sie mit der Bundesregierung in Frankfurt unzufrieden waren und vorschlugen, man solle zusätzlich zum Direktorium, wo auch Mittel- und Kleinstaaten hineingehörten, eine Nationalvertretung aus Delegierten der einzelnen Landtage schaffen, die sich der deutschen Frage anzunehmen haben. Die Großdeutschen hatten bei uns viele Anhänger im katholischen Oberschwaben und bei den Standesherrn und ihren Untertanen. Sie hatten noch nicht das Altreich vergessen, für dessen Glanz und Ruhm ihnen das österreichische Kaiserhaus diene. Nicht wenige Württemberger siedelten eingedenk alter Herkünfte in die Hauptstadt der Donaumonarchie über. Im Gegensatz zu ihnen verfolgten die Kleindeutsch-Liberalen (seit 1859 im Nationalverein vereinigt) die Ideen von 1848 und die endliche Wiederbringung der „Einigung und freiheitlichen Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlandes“ und zwar auf der Grundlage der Reichsverfassung von 1849 mit preußischer Zentralgewalt.

Zu den Liberalen oder Freisinnigen zählten bei uns die publizistisch Tätigsten und die, die zugleich auf ein vierhundertjähriges altwürttembergisches Verfassungsleben stolz waren und es gegen Fürstenwillkür und Unterdrückung der Meinungsfreiheit lebendig erhalten wissen wollten. In der deutschen Frage waren sie von einem glühenden, beinahe moralisch gestützten Glauben an die Notwendigkeit, daß sich die Deutschen zu einer Nation einigen müßten, zutiefst durchdrungen. Ihnen imponierte die Haltung Preußens im Kampf gegen den Tyrannen Napoleon; sie verstanden darum, als es ernst wurde, das Vor-

gehen Preußens „stark in Waffen, mit deutscher Bildung“ gefüllt (Paul Pfizer); sie sahen richtig, daß Preußen bereits in Deutschland den besten und größten Teil der ganzen Nation für sich gewonnen hatte; sie lobten das straffe Regiment im Innern. Darum schlägt Pfizer schon 1831 vor, Preußen soll unser Schutzherr sein, uns in einem Bundesstaat einigen. „Auf Österreich allerdings müssen wir verzichten, wenn wir den Bundesstaat wollen; aber Österreich ist für Deutschland bereits verloren. Der würdigste Erbe der Kaisermacht ist längst erschienen: Friedrich der Große, der es wohl verdient hat, noch aus dem Grabe seinen Enkeln die Krone Deutschlands aufs Haupt zu setzen.“

Doch das sind Visionen. Ideale Wahlverwandtschaften im Blick auf den Traum der Einigung. Alle diese Liberalen, die dann nachher in der Volkspartei (Mutter der heutigen FDP) eine Mehrheit bilden, ziehen sich auf das beschränkteste und stolzeste Württembergertum zurück (wie ihr gar nicht geliebter König), gilt es Preußen Vorherrschaftsansprüche, sein Protzen auf militärische Macht, sein karges Geistesleben vorzuwerfen. Dann muß die vage Freiheit wieder aus dem Zwiespalt helfen, und der alte Hegel rumort in den Liberalen: die Kraft der reinen Ideen schafft die bessere politische Form.

Rapp hat recht, wenn er hier den Geist der Rheinbundzeit, der nationale Macht verachtet, lebendig sieht, den Geist Schillerschen Weltbürgertums, der sich mit den freisinnigen Ideen der französischen Revolution paart und der dann in den Fehler alles Idealischen verfällt; er verwechselt die heimatliche Realität mit der ersehnten Idealität. Und dann waren es wenige, die so allein-preußisch lobten: Schwegler, D. F. Strauß, Rümelin – kurz die strengen Hegelianer, die Anhänger des idealen, des dritten Deutschland, die Paulskirchler, die nicht wie Uhland vom Nibelungenmythos träumten und den Nibelungenweg nach Wien gingen, um alte Kaiserherrlichkeit zu suchen. In Preußen klassischer Humanismus, in Wien Minnesang – so gingen die Spuren bei den Freisinnigen: Preußen am jungen Rhein, Österreich an der alten Donau.

Schleswig-Holstein meerumschlungen

Die völlige Ohnmacht der Frankfurter Nationalversammlung zeigte sich 1848 in der für den revolutionären Fortschritt bedeutsamen Schleswig-Holstein-Frage. Die „eiderdänischen“ Pläne der Einverleibung Schleswigs in Dänemark wurden vereitelt. Kiel setzte

eine nationaldeutsche Regierung ein. Der Bundestag in Frankfurt erkannte die provisorische Regierung an. Im Auftrag des Bundes rückten preußische Truppen unter General Wrangel bis Jütland vor. Da wich der Preußenkönig zum Ärger und Erstaunen der Nationaldeutschen in Frankfurt vor der Intervention der Engländer und Russen zurück, indem er die Räumung der Herzogtümer befahl. Welche Schmach der Preisgabe eines deutschen Landes? Hoffmann dichtete sein Deutschlandlied: „... von der Etsch bis an den Belt“. Die Frankfurter Nationalen waren für Selbstbestimmung. Sie verlangten Wahlen. Die Grenze muß keine Sprachgrenze sein. Ausschlaggebend ist der Wille der Bevölkerung, zu einer Nation gehören zu wollen. Der Badener Welcker sagte echt liberal im Vorparlament: „Wollen Männer in Ost- und Westpreußen Deutsche sein, so sind sie es so gut wie wir, wollen sie Polen sein, so werden wir sie nicht zwingen, uns beizutreten.“

Was geschah nun? Um dem Wirken des Bundes eine Grenze zu setzen, hat man in den Londoner Protokollen von 1852 die verwickelte Nachfolgefrage in den Elbherzogtümern internationalisiert. Die Fürsten fürchteten den Bund und seine nationalen Wünsche. Die Monarchen dachten nicht vaterländisch, sondern europäisch. Die Nationalversammlung erschreckte sie, wohin soll das gehen, wenn das Volk nicht mehr staatlich, sondern deutsch sein will. 1863/64 brach durch den Tod König Friedrichs VII. aus dem regierenden Königshaus erneut die Erbfolgefrage auf. Ungleich gewaltiger als vor 15 Jahren wuchs sie sich zu einer Nationalbewegung aus, die für Momente den Gegensatz von kleindeutscher und großdeutscher Richtung auslöschte. Diesmal waren es die Mittelstaaten Bayern (Pfordten), Sachsen (Beust) und Hessen (Dalwigk), die für die Gründung eines norddeutschen Mittelstaates heftig warben und dafür dem Bundesrecht alle Chancen gaben. Der alte König in Württemberg, in Konservativität versteinert, wehrte ab. Die Nord-Ostsee ginge die Württemberger nichts an. National sei, wer gut württembergisch denkt. Desto eifriger sproßten die Schleswig-Vereine in seinem Land (über 60) aus der Erregung. Alle taten mit, die Standes- und Ritterherren, denn da sollte einem der Ihrigen ein Thron erobert werden; die Demokraten und Liberalen, denn da galt es der Nation Zuwachs zu verschaffen; die Bundestreuern, denn da konnte man das Recht auf Hilfe realisieren. In einem unabhängigen Schleswig-Holstein ließen sich demokratisch-rechtsstaatliche Ideen demonstrieren. Aus der Kandidatur des Augustenburgers wurde eine mittelstaatliche deutsche Großbewegung. Doch da griff hart

und böse in den Jubel der Mittelstaatler der preußische Minister Bismarck ein.

Er zog das europäische Recht der Londoner Protokolle dem deutschen Recht des Bundes vor. Er war Realist. Furcht vor russisch-englischer Intervention. Zum Entsetzen der Großdeutschen tat die Großmacht Österreich mit und engagierte sich mit Preußen im Streit mit Dänemark. Ausgesprochen mit diesem Preußen, das der Donaumonarchie eben im Bund eine empfindliche Niederlage bereitet hatte. Heute noch schwankt die Bismarck-Forschung, ob sie das Kunststück, einen Feind zum Freund zu machen, waghalsig oder verrückt nennen soll. Stimmen mag, was Srbik meint: Bismarck rechnete kühl mit den gesamteuropäischen Interessen Wiens. Niemand hat bemerkt, daß Bismarck von Anfang an die preußische Machterweiterung und damit die Annexion der Herzogtümer im Plane hatte. Rückblickend hat der geniale Spieler eine Klimax konstruiert, die nach dem Erfolg argumentierte. Erreicht hatte er mindestens dies: Dadurch daß Österreich die Bundesreformakte nicht durchsetzte, schwand sein Ansehen als Präsidialmacht bei den Mittel- und Kleinstaaten. Aus der Exekution des Bundes wurde eine Okkupation der beiden Großstaaten. Sie erklärten Dänemark den Krieg, und da die erhoffte englisch-russische Intervention ausblieb, entschieden die militärischen Ereignisse. Im dänischen Krieg hat Helmuth von Moltke zum erstenmal mitgewirkt. Die geplante Umfassung gelang nicht, da der unbegabte Draufgänger Wrangel Moltkes Plan nicht befolgte. Der militärische Anteil der Österreicher fiel nur wenig ins Gewicht.

Das letzte, was Österreich gemeinsam mit Bismarck machte, war die Preisgabe der Rechtsordnung der Londoner Protokolle. Das internationale Recht schied als politische und rechtliche Basis aus. Doch dann opponiert Österreich, indem es nach Beusts Vorschlag (Sachsen) die Kandidatur des Augustenburgers begünstigte. Bismarck schlug zurück, eröffnete dem Herzog den Sonderstatus Schleswig-Holsteins, er war in Gänze an Preußen gebunden. Im Wiener Frieden entsagte Dänemark allen Ansprüchen. Doppelt triumphtierte Bismarck: Er hatte dem Bund ein Herzogtum weggenommen und zu Preußen geschlagen, er hat Österreich gedemütigt. Der geplante nationale Krieg zerrann, der Krieg der Kabinette hatte den Erfolg.

Die Geschichtsschreibung hat die Frage aufgeworfen: Ist Bismarcks Dänenkrieg eine Vorstufe zum Krieg gegen Österreich, gehört er also in einen Plan zur Lösung der deutschen Frage oder ist er ein Krieg der Annexionen? Stimmen wir letzterem zu, dann rechtfertigen wir Heinrich v. Treitschkes These, daß die

Annexion legitimiert ist durch die Auffassung vom Staat als einem Instrument der Macht. Folgerichtig wird man sagen müssen, war die Annexion legitim zur Lösung der Schleswig-Holstein-Frage, dann wird auch die deutsche Frage ohne die Auffassung von Machterwerb des Staates nicht zu lösen sein. Bismarck hatte seiner These vom Staatsegoismus (1850) ein sichtbares Profil gegeben.

Die Liberalen schwenken um

Es ist nun interessant zu beobachten, wie die preußischen Liberalen, bisher Bismarcks Feinde, langsam umlernen und unter dem Eindruck des militärischen Erfolgs und der Machterweiterung rechtliche Bedenken zurückstellen und dem Konfliktminister nichts mehr nachtragen. Ähnliche Wandlungen lernen wir bei den württembergischen Liberalen kennen. Man ist zunächst aufs höchste empört über Preußen und Österreich. Man hetzt den Bund auf, lasset euch den Gewaltakt nicht gefallen, proklamiert, daß im Lager der Mittel- und Kleinstaaten Deutschland ist und sonst nirgends. Leute, wie der Radikale Ludwig Pfau, dem die französische Revolution und 48 noch im Kopf steckt, und alle Redakteure des „Beobachters“ schleudern ihr *ceterum censeo Borussiam esse delendam*, man schwört in Versammlungen und Vereinen, man werde sich niemals Preußen unterwerfen. Man mobilisiert den Landsturm, als gelte es, Preußen fortzujagen, die noch niemand gesehen hat. Zum Zeichen des Ernstes nennen sich die Demokraten nun „Deutsche Volkspartei“, als ob es damit getan wäre, wenn man mit „deutsch“ firmiert, obgleich die Dynasten sich für dieses Deutschland nicht rühren und das „reine Deutschland“ weiter entfernt ist von einem Bündnis. Am Ende des Krieges treten die Klügeren und Besonneneren aus dem Nationalverein aus (Hölder, Reyscher). Daß die deutsche Frage mit schwäbischem Föderalismus zu lösen sei, bekrittelt das katholische „Deutsche Volksblatt“ als „aparten Schwabeneinfall“. Im Angesicht der Herzogtümer hörte sich das Pathos von der Unabhängigkeit aller in einem Reich wie Dunst und Rauch an. Die 48iger Phraseologie tönte hohl.

In der Mitte des Jahres 1864 – der alte König Wilhelm ist 83jährig gestorben – hörte man bereits im „Schwäbischen Merkur“ Stimmen, die „schwindelhaftes Annexionsstreben“ satt hatten, auf einen neuen Kleinstaat keinen Wert legten und zufrieden wären, wenn der preußische König die eroberten Gebiete seinem Staat einverleiben würde. Preußen als Schutz-

herr, das sei die einzige Lösung. Ja man war gewissermaßen stolz auf den gemeinsamen Waffenerfolg gegen die Dänen. Den Ton der Befriedigung enthielt dann auch die Thronrede des neuen Königs Karl am 12. Juli. Man dürfe hoffen, daß sich die Großmächte auf eine Lösung einigen, die dem Sinn und dem Recht der Nation entspreche; möge es so in allen deutschen Angelegenheiten sein. Die Thronrede hatte der neue Minister des Äußeren, Freiherr von Varnbüler, aufgesetzt.

Varnbülers Realismus

Der neue Außenminister kam 46jährig ins Amt. Im Unterschied zu seinem völlig unselbständigen aristokratisch-württembergisch denkenden Vorgänger, von Hügel, der nur das Sprachrohr des alten Königs gewesen ist, war der Neue wirtschaftspolitisch interessiert, hatte zehn Jahre Praxis auf seinen Gütern hinter sich, war Mitbesitzer einer Maschinenfabrik in Wien und spielte in der Ständeversammlung seit 1855 bei der volkswirtschaftlichen Kommission eine führende Rolle. Jura und Volkswirtschaft ergänzten sich bestens im Blick auf den Realismus Bismarcks und den von Varnbüler im vornherein erkannten Vorsprung Preußens in der Industrialisierung und, was dann schließlich den Ausschlag in der Liberalisierung des Handels dadurch gab, daß Bismarck mit Frankreich einen Handelsvertrag auf der Grundlage der Zollfreiheit des Norddeutschen Bundes abgeschlossen hatte und somit seinem deutschen Teil den Weg in europäische Weiten geöffnet hatte.

Endgültig gefallen sind in Württemberg die Autonomie-Grenzen des Mittelstaates, die etwa im Eisenbahnwesen, das Varnbüler Ende 64 gleichfalls übertragen bekam, nur in sehr schwerfälligen Verhandlungen mit den Anrainern Baden und Bayern zerbrochen, während der norddeutsche Teil die Vorteile der Zollfreiheit aufs beste nützen konnte. Varnbüler, ehrgeizig und traditionsbewußter Diener seines Landes, hatte ferner das Glück, den neuen König Karl vollständig beherrschen zu können, da er nie mit einem Widerstand zu rechnen hatte.

Bismarck schätzte ihn genauso hoch als gewandten und beweglichen Minister ein wie der österreichische Gesandte Münch in Stuttgart und der spätere Wiener Außenminister Mensdorff. Mit Preußen verbanden ihn zudem noch verwandtschaftliche Beziehungen, denn seine Tochter hatte den Sohn des preußischen Konservativen von Below-Hohendorff geheiratet, der Bismarck sehr nahe stand. Wir möchten beinahe mei-

nen, das Land hätte keinen besseren Lenker seiner Geschicke in den schwierigen Jahren 64 bis 66 haben können als einen Mann, der „für die politischen Eindrücke jeder Situation“ (Bismarck) aufgeschlossen gewesen ist und der sich in seinem völlig gegensätzlichen Verhalten nur von dem „materiellen Wohlergehen“ und der politischen Selbständigkeit seines Landes leiten ließ.

Klar war ihm: eine Politik gegen die zwei Großen ist unmöglich. Man darf keine „Rolle“ spielen wollen (der verstorbene König hätte sich im Grabe herumgedreht, wenn sein Minister mit solchen Grundsätzen Politik gemacht hätte). Es blieb nur eine Rolle übrig, die praktisch Erfolg haben könnte: gemeinsames Handeln der Mittelstaaten. Varnbüler war deswegen der erste unter den süddeutschen Ministern, die Verbindungen mit Karlsruhe, München, Würzburg aufnahmen, auf ständige Ministerkonferenzen gedrungen haben, in denen das Verhalten der Mittelstaaten erwogen und Pläne über Gesamtdeutschland ausgetauscht werden sollten.

Wenn die süddeutsche Trias nie zum Tragen kam, so darf die Schuld auf keinen Fall Württemberg angelastet werden. Die Akten, die zur Genüge bekannt sind, machen deutlich, daß die Uneinigkeit der Süddeutschen ihren Grund hat in der Zweideutigkeit der bayerischen Regierung und in den Vorherrschaftsbestrebungen ihres leitenden Ministers v. d. Pfordten. Pfordten nahm wohl mit Württemberg Fühlung auf, verhandelte aber gleichzeitig selbständig, ohne Württemberg zu unterrichten, mit Wien und Berlin, machte Zugeständnisse an Preußen, die Varnbüler zwangen, seine ultra-österreichische Politik in dem letzten Drittel des Krisenjahres 1865 zu revidieren. Das geschah unter dem Eindruck der neuesten Bismarckschen Wendungen in der Kondominium-Selbstverwaltung der zwei Herzogtümer. Österreich kam den Mittelstaaten entgegen, indem es plötzlich Front machte gegen die unverhüllten preußischen Annexionen und erneut die Kandidatur des Augustenburgers aufgriff. Gerade das war es, was der Bundesrechtler Pfordten wollte: den selbständigen deutschen Staat im Norden Deutschlands. Doch da schlug Bismarck gewandt dagegen: Er anerkannte den Augustenburger, gestand ihm den Staat zu, entmachtete ihn aber gleichzeitig außenpolitisch, militärisch, maritim und wirtschaftlich.

Ganz Deutschland sah den offenen Konflikt der zwei Großstaaten über die Kriegsbeute. Die Kriegsgefahr dümmerte auf. Da überraschte Bismarck noch einmal die Welt: er schloß am 14. August 1865 mit dem österreichischen Unterhändler Graf Blome (ein gebürtiger Holsteiner) die Gasteiner Konvention. Die

zwei Mächte einigen sich, indem Preußen Schleswig und Holstein Österreich zur Verwaltung übergeben wird. Lauenburg fiel um den Kaufpreis von 2½ Millionen dänischer Taler an Preußen. Folge: Österreich saß völlig isoliert rings von Preußen umgeben in Holstein. Wieder hatte Wien eine Niederlage erlitten, sein Augustenburger Kandidat war zum zweitenmal durchgefallen. Eine weitere Folge: als Österreich die Agitation des Augustenburgers in Holstein duldet und sogar die Stände einberief, kündigte Preußen das Gasteiner Abkommen und leitete bereits im Februar 1866 Maßnahmen für den Kriegsfall ein. Preußen sah die Möglichkeit einer Einigung für erschöpft an. Die österreichische Schwäche wurde den Mittelstaaten damit offenkundig.

Bayern zog daraus die erste Konsequenz: Pfordten verkündigte: „Den Norden, der sich uns ohnehin nicht nähern will, an Preußen überlassen, Mittel- und Süddeutschland zu einigen suchen und mit den europäischen Mächten, zumal Frankreich, gute Beziehungen pflegen.“ Damit hat Bayern die Bündnisidee der Trias, die Varnbüler verfocht, preisgegeben, vielmehr sie durch eine neue für Bayern günstigere Politik ersetzt, die in der Geschichte den Namen Mainlinie bekommen hat. Die Folgen einer Politik der Mainlinie waren klar: entweder bildet der Süden eine Einheit mit Österreich oder, was Bayern zuletzt verfocht, er bildet eine Einheit ohne Österreich. Man hat also mit Berlin und Wien gleichermaßen zu verhandeln, man hat zweideutig zu bleiben.

Am konsequentesten war Baden, das seit 1815 darum preußisch gesinnt war, gegen Österreich, weil es im Blick auf viele französische Einfälle Frankreich mehr fürchtete als Preußen, für das die Rheingrenze stets eine Realität blieb. Bekannt ist ein Ausspruch der Großherzogin Stephanie von Baden, einer Verwandten der Beauharnais. Sie nannte 1850 den Abstand von Landau an Präsident Napoleon ein gebührendes Geschenk und die Allianz Frankreich-Preußen eine Garantie für den Frieden. Sie meinte, in Deutschland sei nur Preußen lebensfähig.

Bismarck bietet ein deutsches Parlament an

Varnbüler verwarf, als er Bayerns Hegemoniebestrebungen erkannte, die Zweideutigkeit und spielte zunächst den Undurchsichtigen. Man hat ihm damals Opportunität vorgeworfen, er habe sich der herrschenden antipreußischen Stimmung im Lande und in der Ständeversammlung angepaßt. Er habe auch sich sogar gerne gefallen lassen, daß man ihn einen klei-

nen infamen Bismarck nannte, der schlau dem Parlament und dem Volk Rechte der Mitsprache verbürgte und der doch bloß eigennützige Kabinettspolitik machte. Derartige Vorwürfe mußte er hören in der J. G. Cottaschen Deutschen Vierteljahresschrift, in der Bismarck zur Karikatur des dritten Napoleon verzerrt wurde, der sich nicht schäme, ein deutsches Parlament mit allgemeiner Stimmenwahl anzubieten, um Plebiszite à la Empereur für seinen Preußenkönig durchführen zu können. In Württemberg ging man den demokratischen Locktönen des Preußen nicht auf den Leim. Man wollte nichts wissen davon, daß in einem deutschen Parlament eine „Hilfskraft der Einheit“ verborgen läge, ein „den Egoismus der Einzelstaaten paralysierendes Element“. Bei den Großdeutschen erblickte man in solchen Angeboten die nackte Jakobinerfratze, das revolutionäre Gleichheitsgestammel der Atheisten. Varnbüler aber folgte in dem Festhalten des Bundesrechts streng seinem bayerischen Vorbild. War er 1864, also nach der Okkupation, für den Bund, ist er 1865, also nach Gastein, für Frieden und Vermittlung, und nach Königgrätz für Preußen. Auf keinen Fall hält er Schleswig-Holstein eines deutschen Krieges wert. Auf einen Wink Bismarcks (über den preußischen Gesandten Canitz in Stuttgart) stimmt er gegen Bayern, Sachsen und Hessen im November bei der Bundesversammlung, indem er den Streitfall der beiden Großstaaten an den Ausschuß verweist. Damit waren die Mittelstaaten in der schleswig-holsteinischen Frage im Bunde kaltgestellt.

Das einzige, was aus der geplanten süddeutschen Einheitsfront herausprang, war Varnbülers Plan (veröffentlicht im Schwäbischen Merkur) einer gewissen Freizügigkeit zwischen den einzelnen Staaten. Er denkt an gleichmäßige Examina-Bedingungen für den Staatsdienst, an Übereinstimmung des Rechts- und Verkehrslebens, der Zoll- und Handelseinigung mit dem Ziel der Schaffung eines deutschen Rechtes und deutschen Handels. Was hier der württembergische Minister vorschlug, ist dann nach 1870 langsam realisiert worden. Hier sind noch zu erwähnen Robert von Mohls Entwürfe, die der Überbewertung des Juristen im Staatsdienst galten und die das allgemeine Wahlrecht als undemokratisch verwarfen. Im Jahre 1866 wurde nichts erreicht.

Nachdem Bismarck den offenen Bruch herbeigeführt hatte, hörten die intimen Beziehungen zwischen Wien und Berlin auf. Preußen verlangte volle Freiheit für seine Politik. Varnbüler trennt sich von Bayern und verfißt den puren Rechtsstandpunkt im Falle eines bewaffneten Konflikts.

Am 16. März 1866 läßt Wien den Mittelstaaten mit-

teilen, Preußen habe den Gasteiner Vertrag gebrochen. Man wende sich an den Bund und bitte gegebenenfalls um eine Exekution gegen Preußen. Diese Anfrage war unglücklich, denn der Antragsteller hätte wissen müssen, daß der Bund keinen Krieg mit einem Bundesmitglied führen darf, daß der Bund von Preußen keine bejahende Antwort erwarten darf. Bismarck kam das sehr gelegen, er kehrte den Spieß um und beschuldigte Österreich des Rechtsbruchs. Sybel bemerkt richtig, die Mittelstaaten hatten kein Recht, sich in die Angelegenheit zu mischen. Varnbüler ergriff wieder den gewohnten Ausweg, er verwies den Antrag an den Ausschuß. Er stellt sich klug auf beide Seiten und erhofft einen Ausgleich. Er erwartet, wie Bayern und Sachsen auch, preußische Selbsthilfe. In diesem Fall ist er bereit, die von Wien vorgeschlagene Aufstellung der Bundestruppen – es handelt sich um drei Armeekorps (VII, VIII und X) – und deren Eingliederung in die „Kaiserlich-Österreichische Armee“ zu genehmigen. Er glaubt damit Preußen, wenn es die Riesenzahl der Bundesstreitkräfte höre, einschüchtern und zur Raison bringen zu können.

Immerhin stand Varnbüler unter den Süddeutschen mit seiner Mobilisierungsidee allein. Bayern vermittelte noch, sein junger König und der Großteil des bayerischen Volkes protestierten gegen einen Bundeskrieg für Österreich. Der Preußenhaß loderte in Bayern zudem höher als je. Pfordten sah seine Bundesidee dahinschmelzen. Er hat, zögernd bis zuletzt, für Österreich gestimmt.

Ganz anders war die Stimmung in Baden. Hier war Minister Edelsheim fast der einzige Anhänger Wiens und des Krieges, der Großherzog und die Beamtenöffentlichkeit schwörten auf Preußen. Die Kriegspartei in Karlsruhe ist dann auch später kaum zum Zug gekommen. Baden, so darf man sagen, fiel im Ernstfall aus, auch wenn es pflichtgemäß sein Kontingent stellte, gekämpft hat es nie!

Blieb also in Süddeutschland nur Württemberg und sein Landtag entschieden österreichisch und bereit, für die Deutschen Gerechtsame zu kämpfen, obwohl man sich über den Verrat Österreichs an dem Bund und der deutschen Sache im klaren gewesen ist.

Gebt Schwarz-Rot-Gold den Truppen

Es ist nun bezeichnend, selbst für die Haltung des Ministers, daß Groß- und Kleindeutsche bei uns, als der Krieg nicht mehr zu vermeiden war, jene Kräfte des „alten guten Rechts“ aufriefen, die zu Beginn des

Jahrhunderts bei der Konstituierung des königlichen Landtags die Opposition gebildet hatten. Man dachte weder an Österreich noch an Preußen, man wollte schwäbisch eigensinnig einfach das Recht und nicht die Willkür und die Tyrannei. Man fühlte sich als Wächter einer heiligen Sache und man pochte an das Gewissen. Wieder wie 1863 blieb es beim Protestieren, Fordern, Mahnen. „Darin lag eine innere Unwahrheit. Aber wir erkennen auch den soliden, ehrbaren Geist des Bürgertums darin, daß die Menschen es so ernst nahmen mit den sittlichen Forderungen, denen sie im Getriebe der Politik zu ihrem Recht verhelfen wollten“ (Rapp S. 130).

Darum hörten die Neu-Patrioten nicht auf Preußens Erwiderungen, darauf, daß Bismarck versuchte, den Süddeutschen beizubringen, daß das, was Preußen erobert, für Deutschland erobert ist. (Antrag im Bund am 9. April 1866 durch Preußen.) Für einen künftigen Nationalstaat, der würdig neben Italien und Frankreich würde treten können. Aber 1866 merkten das nur wenige. Unter ihnen der aus dem Vaterland verbannte D. F. Strauß. Die Großzahl der Stände fürchtete die Okkupation des Landes, die Aufhebung der Stände und ihrer schwer errungenen Selbständigkeit. Preußen und Österreich wurden von der jetzt auf dem Höhepunkt ihrer Agitation stehenden deutschen Volkspartei (Julius Hausmann, Karl Mayer u. a.) zu den eigentlichen Erb- und Erzfeinden der Demokratie erklärt. Vorher ist es der dritte Napoleon gewesen. Sie verhindern das ideale Volksreich der Deutschen, sie zerstören es mit ihren Annexionskrallen. Die Volksparteiler erhoffen, daß die wahren Deutschen in Preußen und Österreich aufstehen und den Bruderkrieg nicht zulassen. Sie haben, wie 1848, vergebens gehofft. Ganz besonders ist es Österreich, das jetzt als der Vielvölkerstaat beschimpft und als unwürdig des Deutschen erklärt wird. Sogar der verbannte F. Th. Vischer bläst in das Horn des National-Deutschen. Was gehen uns die Tschechen und die Ungarn, die Kroaten und die Serben an? Vischer war zu dieser Zeit Anhänger der deutschen Nationalliteratur des Heidelberger Professors Gervinus: Wo deutsch gesprochen wird, ist Deutschland, also auch in Elsaß-Lothringen.

In der allgemeinen Selbstbefriedigung holten die Großdeutschen wieder die verstaubten kulturellen Sendungen der Schwaben hervor, indem sie Preußen der Barbarei ziehen, man wünschte wieder den Schutz Napoleons gemäß einer Äußerung König Wilhelms „lieber der Bundesgenosse Frankreichs als der Vasall Preußens“.

In Köln und Berlin sah man die gefährliche Wieder-

erweckung des alten „Rheinbundnapoleonismus“ von 1806. Die Abgeordneten beschlossen mit Mehrheit keine feige verräterische Neutralität, sondern das sofortige Entschließen des deutschen Volkes (das es gar nicht gab), in den Kampf einzutreten. Das war gegen Badens Landtag gerichtet, wo man entschieden für Neutralität plädierte. Also forderte gegen den „Schwäbischen Merkur“ der „Beobachter“ den Schutz des Landes durch allgemeine Volksbewaffnung. Für den Anfang ein Zusammengehen mit Österreich, wenngleich die Stände der Überzeugung sind, daß es sich nicht um einen Volks-, sondern um einen Kabinettskrieg handelt. Ende Mai genehmigt das Plenum die außerordentlichen Militärbedürfnisse in Höhe von 7,7 Millionen Gulden. Außerdem das volle Aufgebot der Landwehr.

Begründung: für die Nation, das Bundesrecht und die württ. Selbständigkeit. Zehn Stimmen in der Zweiten Kammer machten Vorbehalte. Sie verlangten Kampf erst, wenn es um Landesverteidigung ginge, d. h. wenn entweder eine Bundesexekution gesetzlich zustande komme oder die Staaten sich weigern würden, eine Reichsverfassung oder ein deutsches Parlament (der Vorschlag Bismarcks) anzunehmen. Der Minister setzte die Unbedingtheit durch. Darauf opponierten ihm die nachmaligen Führer der Deutschen Partei: Hölder und Robert Römer. Die Volkspartei hatte den einen Erfolg, der realisiert wurde: Gebt den Truppen Schwarz-Rot-Gold, das beseele ihren Mut. Aber ein Volkskrieg wurde es nicht.

Zu der Trennung von Nord und Süd, wie sie Bismarck vorschlug, hat man empört nein gesagt. Die Mainlinie Bayerns hatte keine Chancen in Württemberg. „Wir lassen uns nicht vom Norden trennen“, war die Meinung der Volkspartei.

Interessant ist, daß im katholischen Oberschwaben den Leuten gesagt wurde, der Kampf gehe um ihre Kirche. Im Westfälischen Frieden habe sich Österreich freiwillig von Deutschland ausgeschlossen, darum hätten die Kleindeutschen so offen für ein protestantisches Deutschland gestritten. Jetzt müsse es Österreich büßen, nun schließe man es gegen seinen Willen aus Deutschland aus.

Varnbüler setzte auf den Sieg und prahlte mit der Kraft des württembergischen Militärs. Römer entgegnete er: „Wir denken gar nicht daran, Preußen zu verkleinern; allein, meine Herren, wenn die Kriegswürfel geworfen sind, und wenn in diesem Falle das Kriegsglück gegen Preußen sein sollte, dann wird auch der Herr Professor Römer nicht imstande sein, das *Vae victis* von seinem Lieblingsstaat abzuwenden...“ Bei dieser Stelle, berichtet Karl Mayer, ging

durch den Saal und über die Galerien das Flüstervörtchen „Hohenzollern!“

Die Haltung der evangelischen Landeskirche war im großen ganzen eine mit pietistischen Argumenten vorgebrachte Warnung vor dem unseligen Bürgerkrieg. Von den Kanzeln herab werden Anklagen gegen die Urheber des Bürgerkriegs geschleudert. „Manchem Geistlichen zwar, wie im allgemeinen den stillen Anhängern der Gemeinschaften, war vor einem Sieg Österreichs bange, ein Sieg der protestantischen Großmacht im Innersten erwünscht, und einzelne sprachen dies auch auf der Kanzel aus“ (Rapp S. 158). Bezeichnend für württembergische kirchliche Verhältnisse ist die Tatsache, daß das Land militärisch nicht mehr aktiv gewesen ist seit den napoleonischen Kriegen von 1806 bis 1815. In den 50 Jahren Frieden hat die württ. Theologie eine Entwicklung genommen, die in die Zusammenhänge von weltlicher Macht und Christentum einen Dualismus hineinrug. Im Februar 1864 hatten 762 württembergische Geistliche der Kreuzzeitung, die für Annexionen eintrat, den Vorwurf gemacht, sie mißbrauche das Christentum und schütze mit ihm Gewaltakte. Das Problem Macht und Kirche ist seither nicht mehr verstummt, wenn wir an unsere heutigen Verhältnisse im getrennten Deutschland denken.

Ein letzter Vermittlungsversuch wurde von der aus Petersburg über Wien, nicht über Berlin zurückreisenden Königin Olga gemacht. Die Königin liebte die Preußen nicht. Als sie am 7. Juni im Hoftheater erschien, wurde sie „mit begeisterten Jubelrufen empfangen“. Die Stuttgarter dankten ihr für ihre Bemühungen um den Frieden bei ihrem kaiserlichen Bruder in Rußland. Der Bericht in der „Allgemeinen Zeitung“ lobte die Königin darum, daß sie für die Anerkennung des deutschen Rechts eingetreten ist.

Die militärischen Operationen

Varnbüler stand nicht allein mit seinem unerschütterlichen Glauben an die Kampfkraft der Österreicher. Zuviel, zu bedeutend Rühmenswertes wußte man in Europa vom tapferen Fechten der Infanterie, der glänzenden Artillerie, der schnellen zum Stürmen bereiten Kavallerie aus den Zeiten von Radetzky und den schweren Tagen von Solferino. Das Kaiserhaus besoldete, wenn es auch keinen preußischen Landsturm und damit keine Reserven hatte, das einzige kriegsgewohnte Heer neben dem französischen in Europa. Von den Preußen hatte man seit 1815 nichts mehr gehört. Sie galten als eine Friedensarmee, deren Schlag-

kraft noch keine Probe bestanden hatte, obwohl seit 1859 unaufhörlich im Offizierskorps, in der Waffenrüstung und im Generalstab reformiert wurde. Von der verheerenden Feuerkraft des Zündnadelgewehrs wußte man nichts. Genaueres war nicht bekannt, und die Erstürmung der Düppeler Schanzen überstieg nicht Gewohntes und konnte als besondere Ruhmes-tat kaum Geltung beanspruchen.

Eben, als die Süddeutschen rüsteten, wenn auch gänzlich ungleichmäßig und ohne jeden strategisch-taktischen Plan der Zusammenarbeit, stiegen die österreichischen Chancen durch Erzherzog Albrechts Siege bei Custozza und die siegreiche Seeschlacht von Lissa in Süddeutschland gewaltig.

Aber nun zeigten die Süddeutschen auch gleich ihre Schwäche. Indem man im Plan Bayern folgte, gab man den Norden auf und verteidigte die Mainlinie in der Absicht, im Südraum sich mit den Österreichern, deren Stärke niemand kannte, vereinigen zu können. Der Plan ist im vornherein fehlgegangen. Ein militärisches Oberkommando kam nicht zustande, dagegen gerieten die süddeutschen Regierungen in Verlegenheit, einen plausiblen Kriegsgrund zu finden in dem Augenblick, als Bismarcks Angebot eines deutschen Parlaments und einer Aufforderung mit Preußen zu kämpfen gegen den Ausschluß Österreichs bei den Regierungen bekanntgeworden war. Der bisher verfochtene Kriegsgrund, Verteidigung des Bundesrechts und des eigenen Landes, fiel damit weg. Die Preußen wollten nur mit Österreich sich auseinandersetzen. Sie bezichtigten umgekehrt Wien des Bruches eines Bundesrechts.

Schauen wir in die Vielzahl von Konferenzen der Verständigung und Rüstung im Raum von Karlsruhe bis München, so fällt auf, daß der einzig aktive Minister Varnbüler gewesen ist. Allerdings geriet ihm sein Prahl mit Württembergs Streitmacht zum Unglück. Offenbar, das erweisen eine Menge von Akten im Staatsarchiv, betreffend die „Deutsche Frage“, wo von Pferdeankäufen, Rekruteneinziehungen, Offiziersernennungen, Berufung von Reservisten die Rede ist, hat er sich nicht genügend orientiert. Auf der Augsburger Konferenz (22./23. April) gab er den Bayern 40 000 Mann an.

Nun aber wußte man von München, daß die Rüstungen dort nur spärlich anliefen und die Stellung der Regierung zu Österreich, für das man keineswegs kämpfen wollte, täglich schwächer wurde. Vielleicht wollte Varnbüler die Bajuwaren zur Eile antreiben, indem er selbst gewaltig übertrieb. Fünf Wochen später korrigiert der württembergische Militärsachverständige bei einer Offizierskonferenz in München seinen Minister,

indem er die Wahrheit um ein paar Tausend zu hoch verfehlte. Er stellte 20 000 Mann auf.

Als in Frankfurt die Kriegsbereitschaft der nicht-preußischen Armeekorps beschlossen worden war, brach am 17. Juni die Regierung die Beziehungen zu Preußen ab. 5000 Württemberger, allerdings so mangelhaft ausgerüstet, daß der Presse verboten werden mußte, darüber bemängelnd zu schreiben, wurden zum Schutz des Bundestags nach Frankfurt geschickt. Das war ein Teil der aufzustellenden Division, zu der 15 Bataillone, 14 Schwadronen und 6 Batterien gehörten. Der Kriegsminister Hardegg in Person führte sie ins Feld, der eben den wegen Unfähigkeit abgesetzten Minister Wiederhold abgelöst hatte. Die Division war dem achten Armeekorps zugewiesen, das der tapfere und kriegserprobte (bei Solferino) Prinz Alexander von Hessen befehligte. Zum achten Bundeskorps stieß dann in Frankfurt auch das schwächere badische Kontingent (Führung Prinz Wilhelm).

Am längsten brauchte die bayerische Rüstung. Erst am 18. Juni genehmigten die Stände 31,5 Millionen Gulden, mit denen das siebte bayerische Bundeskorps ausgerüstet wurde. Was Württemberg und Baden nicht wußten, wurde nun zum taktischen Verhängnis der Süddeutschen. General von der Tann hatte in Olmütz mit dem österreichischen Oberfeldherrn Benedek gemeinschaftliche Operationen vereinbart. Es ging um eine Vereinigung weit nördlich der Mainlinie und ohne jede Verbindung mit dem achten Bundeskorps in Frankfurt. Die 40 000 Bayern führte Feldmarschall Prinz Karl an, der Bruder König Ludwigs I. Die Ausrüstung war nicht weniger mangelhaft als die württembergische, man steckte einfach kräftige Bauernkerle in eine Uniform. Zum Glück verweigerte von der Pfordten, der eifrige Verfechter des Bundesrechts, der Generalität die Vereinigung mit den Österreichern in Böhmen, denn er fürchtete Frankreichs Einmarsch in die ungeschützte linksrheinische Pfalz. Als die Bayern endlich den Vormarsch begannen, hatten die Hannoveraner bereits bei Langensalza kapituliert. Prinz Karl wich von Meiningen an den Main zurück und versuchte in einem schwierigen Flankenmarsch nach Westen, die Vereinigung mit dem achten Bundeskorps. Die preußische Mainarmee (Manteuffel) warf sich sofort zwischen beide Korps und suchte die Vereinigung zu verhindern.

Trotz der schwarz-rot-goldenen Binden irrten die Württemberger in östlicher Richtung zunächst richtungslos in der Rhön umher. Als sie von den Schlapen der Hannoveraner, Hessen, Bayern und Österreicher hörten (vernichtend wirkte die Niederlage bei Königgrätz), wichen sie südlich Richtung Miltenberg

aus, um sich mit den Bayern zu treffen. Die Badener zogen von Darmstadt Richtung Würzburg. Als ihnen die Preußen leichte Gefechte bei Hundheim (23. Juli) und Werbach (24. Juli) lieferten, schlossen sie Waffenstillstand und kehrten in die Heimat zurück (28. Juli). Die Württemberger wollten am 24. Juli bei Tauberbischofsheim die Ausgänge aus dem Taubertal längs der Straße nach Würzburg sichern, als sie unerwartet von der aus dem Odenwald hervorbrechenden Brigade Wrangel angegriffen wurden. Sie räumten die Stadt, besetzten das linke Tauberufer und lieferten den Preußen einen Brückenkampf von beinahe fünf Stunden, wobei sich auch der junge Prinz Wilhelm, Württembergs letzter König, auszeichnete. Es gab 60 Tote, 450 Verwundete und etwa 160 Gefangene.

Immer auf dem Rückzug nach Würzburg gelang die Vereinigung mit den Bayern. Am 27. Juni erfolgte die Trennung von den Bayern, die bereits mit den Preußen unterhandelten, nachdem sie bei Kissingen (10. Juli) geschlagen worden waren. Ruhmlos, wie er begonnen, endete der Mainfeldzug für Württemberg als letztem Staat, der einen Waffenstillstand schloß (1. August). Die Süddeutschen, voran Bayern, sahen vollends die Sinnlosigkeit eines Kampfes gegen Preußen ein, als am 12. Juli bekannt wurde, daß das geschlagene Österreich die Vermittlung Frankreichs angerufen hatte. Die Preußenfreunde in Stuttgart brachten sofort einen Antrag der Verständigung mit Preußen ein. Die Volkspartei brachte ihn zwar zu Fall, erklärte sich aber gleichzeitig gegen die Einmischung Frankreichs und die Aufrichtung eines neuen Rheinbundes.

Das Korps Manteuffel besetzte den fränkischen, nordwürttembergischen Teil solange, bis die Kontributionen in Berlin eingetroffen waren. Tübingen hatte den Spaß, die ersten vom Hohenzollerischen anrückenden „Pickelhauben“ zu sehen. Man lese in den Erinnerungen von Pistorius die Geschichte seiner Jugend.

Varnbüler wird Preuße

Nach dem Gasteiner Vertrag treibt Varnbüler ein recht interessantes Doppelspiel. Er spielt den Friedensvermittler zwischen Wien und Berlin. Immerhin bietet er Bismarck geschickt an: Württemberg stimmt der Annexion von Schleswig-Holstein zu, wenn Bismarck bereit ist, die hohenzollerischen Fürstentümer mit Anschluß der Burg Zollern Österreich zu übergeben. Da Wien darauf nicht reagierte, soll Bismarck die preußischen Lande in Schwaben dem württember-

gischen König geben. In der Tat, am 20. Juli rückte ein württ. Bataillon vor die Burg und nach Sigmaringen. Doch Berlin weist zurück und verbittet sich bezahlte Friedensvermittlungsgaben. Einen anderen Plan bringt er im Bund vor. Sein Schwiegersohn mußte in Wien anfragen, ob Einverständnis möglich, daß bis zur Volljährigkeit des Augustenburgers Bayern die Regierung in den Elbherzogtümern übernimmt. Die wichtigsten Plätze in beiden Ländern wurden Preußen überlassen. Das Projekt kommt nie in die Hände Bismarcks.

Nicht minder wie von der Pfordten hat Varnbüler Frankreich umbuhlt, um es als Friedensvermittler zu aktivieren. Er läßt durch den französischen Gesandten in Stuttgart Damrémont bitten, der Kaiser möchte einen Druck auf die preußische Regierung ausüben. „Il arrêterait M. de Bismarck sur une pente qui peut précipiter, l'Europe dans l'abîme.“ Varnbüler will das nicht als Intervention verstanden wissen, nur sollte Bismarck gewarnt werden. Auf die österreichische Anfrage, ob im Konfliktfall auf die Mittelstaaten zu rechnen sei, erfolgt durch Baron von Wächter, den württ. Gesandten in Paris, eine neue Demarche beim französischen Außenminister, der aber Frankreichs strikte Neutralität erklärt. Das alte schon unter König Wilhelm vorgebrachte und von den französischen Gesandten in Stuttgart berichtete Argument erfolgt nun wieder. Württemberg fürchtet seit 1848 und vor allem durch das Bismarckische Angebot eines deutschen Parlamentes „eine militärische und diplomatische Mediatisierung der kleineren und mittleren deutschen Staaten“. Varnbüler sah richtig. Sie ist vier Jahre später auch prompt eingetreten. Bismarck ist es in der Tat gelungen, was Varnbüler so sehr in Schrecken versetzte, das „unir l'Allemagne sous le sceptre prussien“.

Noch versucht er das Mediatisierungsgespenst nach Königgrätz abzuwenden. Er geht auf ein Programm Napoleons ein: Es bleiben bestehen Preußen und Österreich und nur die vier Königreiche, samt einem neu zu schaffenden, dem Königreich Burgund. Noch hält Varnbüler den preußischen Reformplan für indiskutabel.

Am 20. Juli haben die Präliminarverhandlungen zwischen Sieger und Besiegten begonnen. Napoleon greift nicht zugunsten Österreichs ein. Er fürchtet einen Krieg mit Preußen. Bayern wird als einziges Land zu den Friedensverhandlungen laut Sonderabkommen zugelassen. Nun steht Varnbüler allein. Er schwenkt zu Preußen über und anerkennt endlich, daß bei Preußen auch die Zukunft Deutschlands liegt. „Aujourd'hui l'Autriche c'est donc travailler à

l'unité germanique (Bericht von Damrémont an den französischen Außenminister am 14. Juli 1866).

Am 1. August ist er bei Bismarck in Nikolsburg. Er wird kühl empfangen. Bismarck hat ihm seine Konspiration mit Frankreich übel vermerkt. Bevor er nach Berlin geht, arbeitet er eine Denkschrift für den König aus. Die Neugestaltung Deutschlands bedingt den Austritt Österreichs, Zerteilung des Oberbefehls, eine Bundesmarine, ein Parlament aus allgemeinen Wahlen; für Preußen das Recht der diplomatischen Vertretung nach außen und der Kriegserklärung. Genau das hatte Bismarck verlangt. Er sieht ein, daß „der gesamtdeutsche Bund eine starke Autorität haben muß“; auch das Nationalgefühl befriedigen müsse. Nun, Varnbüler hat sich um die eigene Achse gedreht. Was er jetzt gutheißt, das hat er als üble Folge des Bismarckschen Reformplanes vor fünf Wochen noch abgelehnt.

Seinem König entwickelt er den Gedanken, daß ein Südbund keinen Bestand haben könne, weil Württemberg sich der Vorherrschaft Bayerns nicht füge und weil Baden sich bereits für Anschluß an Preußen entschieden hat. Eine „völlige Parität“ der Süddeutschen ist also nicht möglich. Unmöglich sei auch eine europäische Neutralität des Südbundes. Also bleibt Schutz- und Trutzbündnis mit dem Norden.

In Berlin geht alles gut. Dank russischer Hilfe kommen Gebietsabtretungen für Württemberg nicht in Frage. In Rücksicht auf die napoleonischen Forderungen (linksrheinische Gebiete an Frankreich) verzichtet Bismarck auf einen Eintritt der Süddeutschen in den neuen deutschen Bund. Er beansprucht allein die militärische Führung. Kontributionsforderungen: Württemberg 8 Millionen Gulden, darunter eine Million für den Einmarsch württembergischer Truppen in hohenzollerische Lande, Baden 6 Millionen Gulden, Bayern 30 Millionen Gulden und Abtretung zweier fränkischer Bezirksämter.

Ergebnis

Die völlig wirkungslosen Operationen der Mittelstaaten zeigen, daß Bismarck auch auf dem Schlachtfeld recht bekam: der Krieg war ein Duell, das allein zwischen Preußen und Österreich ausgefochten wurde. Wien und das Kaiserhaus haben die Schlacht eindeutig verloren, was die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen bewies.

Wir sahen, Bismarck trug den Triumph auch auf dem Feld der Diplomatie davon. Er hatte sich nicht ganz verrechnet, wenn er die provozierte und von Wien ohne Rückhalt angenommene militärische Auseinandersetzung als Dynamit für eine nationale Einigung aller deutschen Stämme wirksam sah.

Die Minderheit der Deutsch-Österreicher im Kaiserreich mußte geopfert werden, um die Mehrheit der deutschsprechenden Staaten und Stämme unter Preußens Führung zu gewinnen. Das Kaiserreich, aus Deutschland ausgeschieden, blieb mit einem Vielvölkerstaat zurück. Das heißt, aus einer Monarchie wurde eine Doppelmonarchie; und die nichtdeutschen Völker, voran die Ungarn, drängten in eine föderative Verfassung. Indessen ist auch Bismarcks neues Reich kein volksnationales Reich geworden. 1848 hat die Hegemonie des preußischen Staates vollends erstickt. Die Deutschen sollten nun einmal nie werden können: ein Volk und eine Nation. Es reicht immer nur zu einem Bundesstaat mit einer reichischen Spitze.

Benützte Literatur: Adolf Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage 1863–1871, 1910 – Th. Griewank und F. Hellwag, Württemberg und die deutsche Politik in den Jahren 1859–1866, 1934 – Cordon A. Craig, Königgrätz, 1966 – Eugen Schneider, Württembergische Geschichte, 1898 – B. Hubensteiner, Bayerische Geschichte, 1950 – A. Krieger, Badische Geschichte, 1924 – R. Buchner, Die deutsch-französische Tragödie 1848 bis 1864, 1966 – Die Entscheidung. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen, hrsg. vom Militärischen Forschungsamt Freiburg, 1966.